

Anke Caspar-Jürgens von der Organisation „Lernen ist Leben!“ – Bundesverband Natürlich Lernen! e.V., betreut die Seiten „Anders Lernen“.



„Als Super-Wahljahr wird 2009 in die Geschichte eingehen. ... Die Wahlbeteiligung jedoch bewegt sich inzwischen nahe der 50-Prozent-Marke. ... Was motiviert insbesondere junge Wähler?“ So beginnt eine Einladung der Bertelsmann-Stiftung zu einer Veranstaltung im März. Was bedeutet es, wenn nur die Hälfte der Bevölkerung zur Wahl geht? Die Hälfte der Wähler geben ihre Stimme „ab“ an knapp 20 % der Bevölkerung, also die Mitglieder von Parteien, die die 5-Prozent-Hürde geschafft haben. Diese wiederum geben ihre Stimme „ab“ an Interessenvertreter. Und bei den 100 % Wählern, von denen man ausgeht, werden 20 % der Bevölkerung nicht zur Kenntnis genommen: die Kinder und Jugendlichen. Vom Wahlrecht, das auch geistig Gehandicapten und dementen Menschen zusteht, werden junge Menschen ausgeschlossen. Fürchten die Erwachsenen das geistige Potenzial der Jugendlichen, das nachweislich in diesem Alter eine später nicht wieder erreichte Qualität gewinnt? Mit einem gelungenen Plädoyer setzt Martin Wilke sich in der Zeitschrift von Mehr Demokratie (Nr. 79, 3/08) für das altersunabhängige Wahlrecht ein. Hier ein Auszug: „Die Vorstellung, auch Kinder könnten eine Wahlstimme haben, ist für viele ungewohnt und befremdlich. Doch das war das Wahlrecht für Frauen und Besitzlose zunächst auch. Heute ist beides selbstverständlich. Ausschlaggebend für die Teilnahme an Wahlen soll nicht mehr das Alter eines Menschen sein, sondern der individuelle Partizipationswunsch. Kinder und Jugendliche sind von politischen Entscheidungen ebenso betroffen wie Erwachsene und haben daher genauso Anspruch darauf, sich am Zustandekommen dieser Entscheidungen zu beteiligen. Jenen Kindern und Jugendlichen, die den Wunsch äußern, an Wahlen teilzunehmen, sollte diese Möglichkeit nicht länger vorenthalten werden. Praktisch kann das so geregelt werden: Wer das erste Mal an der Wahl teilnehmen will, geht persönlich zu seinem örtlichen Wahlamt und lässt sich dort in das Wählerverzeichnis eintragen. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Antragsteller 10, 15, 18 oder 30 Jahre alt ist. Auf diese Weise könnte das Prinzip der Allgemeinheit der Wahl verwirklicht werden, ohne das Prinzip der Höchstpersönlichkeit zu verletzen (wie es beim Elternrecht der Fall wäre). ... Falls tatsächlich eine wie auch immer geartete Fähigkeit das Kriterium für die Wahlberechtigung sein soll, müsste man einen Fähigkeitstest einführen. Viele Erwachsenen würden durchfallen, manche Kinder würden ihn bestehen. Wenn man den Gleichheitsgrundsatz der Demokratie ernstnimmt, kommt man zu dem Ergebnis, dass man Reife und Fähigkeiten nicht zur Voraussetzung für das Wahlrecht machen kann. ... In der Demokratie entscheiden nicht Qualitäten, sondern Stimmzahlen. Niemand muss sein Wahlverhalten begründen. Es gilt einfach: ein Mensch – eine Stimme. Es mag zutreffen, dass die Mehrheit der 12-Jährigen gar nicht wählen will. Aber das ist nicht entscheidend. Man schafft ja das Demonstrationsrecht auch nicht ab, nur weil die meisten Menschen nie an einer Demonstration teilnehmen. Es geht darum, dass jene, die sich beteiligen wollen, die Möglichkeit dazu bekommen. Im übrigen würden sich mehr junge Menschen mit Politik befassen, wenn sie einen Anlass dazu hätten. Derzeit müssen jene, die sich interessieren und informieren, feststellen, dass ihre politische Meinung nicht gefragt ist – jedenfalls nicht ernsthaft, nämlich am Wahltag. Seit der Reform des Betreuungsrechts im Jahre 1992 dürfen auch geistig behinderte bzw. unter Betreuung stehende Menschen wählen, also Menschen, deren Entwicklungsstand mitunter dem eines Kindes vergleichbar ist. ... Wenn junge Menschen die Möglichkeit hätten, sich in das Wählerverzeichnis eintragen zu lassen, wäre es jeder Person selbst überlassen, einzuschätzen, ab wann sie sich bereit fühlt, mit zu wählen.“ Das Plädoyer von Martin Wilke ermutigt mich. Frauen waren in der Lage, für ihr Wahlrecht zu kämpfen, erfolgreich, vor wenigen Jahren in der Schweiz. Kindern wird das nötige Wissen vorenthalten. In demokratischen Schulen ist dies anders. Hier zeigt sich, dass junge Menschen mitverantwortlich entscheiden wollen.

www.bvnl.de

Neues Lernen, neue Kultur

Anke Caspar-Jürgens bündelt Argumente für das Freilernen als kulturbildende Kraft

Die Schule liegt als heilige Kuh quer auf dem Weg zu einer positiven kulturellen Entwicklung, die sich in allen Ecken des Landes entfalten möchte. Anke Caspar-Jürgens diskutiert das Freilernen nicht nur vor einem rechtlichen Hintergrund, sondern auch als kreative, kulturelle Kraft.

Heute habe ich die ganze Nacht gearbeitet. Seit langem wegen eines Verkehrsunfalls frühverrentet, kann ich mir das leisten. Nach jahrelanger Fron im Schuldienst ein Luxusleben: Arbeiten, so lange wie möglich, und dann die Entspannung genießen, im Wechsel, bis sechs Uhr früh. Ein leichter Wind, erfrischend kühl, umweht mich. Im Dunkel huschen zwei Gestalten Richtung Auto. Aha, *Ines* will ihren Sohn *Tobias*, zwölf Jahre alt, in Richtung Schulbus fahren. *Hanna*, elf, blinzelt verschlafen. Sie hat noch ein Viertelstündchen länger Zeit, bis der Kleinbus sie abholt und um acht Uhr vor der Schule wieder entlässt. Mich fröstelt. Ab neun Uhr sollte den Medizinerinnen zufolge für Kinder der Tag beginnen. Für mich gilt der Stress nicht mehr. Seit meinem Abschied von Schule habe ich mich nicht nur von meinem Unfall erholt. Ich kann mir die Zeiten meinen Möglichkeiten gemäß einteilen und bin so wieder unerwartet leistungsfähig geworden. Es war der Wechsel von der Fremd- zur Selbstbestimmung, der meine Lebensenergien aktivierte. Bin ich eine Ausnahme?

Ludwig erzählt mir am Telefon von seiner Frau *Andrea*. Sie engagiert sich für ein kleines, noch inoffizielles Lernen-ohne-Schule-Projekt. Sie blühe förmlich auf. Klar, die beide leben nur von Hartz IV, aber er findet, das Leben sei wieder rund, seit sie beide es selbst in die Hand genommen haben – auch was Schule betrifft. Die Umstellung war hart, besonders für seine Tochter *Sabine*, gerade sieben Jahre alt. Aber jetzt ist sie glücklich. Sie bekommt schon viel Besuch von den anderen Kindern aus einer Kindergruppe für Kleinere, an der sie einmal in der Woche teilnimmt. Und dann trifft sie sich regelmäßig mit den drei Großen dieser Gruppe zur Lerngruppe reihum in den Elternhäusern.

Ludwig schwärmt von seinem Hörspielprojekt, das er mit neuen Freunden aus den benachbarten Dörfern

als Mitspieler gerade auf die Beine stellt. Das wird eine richtig große Sache. Die kleine *Hanna* hat ihren Part am letzten Sonntag ganz wunderbar gesprochen, er kannte sie vorher nicht, so ein nettes Mädchen. Ja, Freitag früh fahren wir zusammen zum Arbeitstreffen „Freiheit und Vielfalt der Bildungswege“. *Sabine* will mitkommen, zeitlich sind wir alle flexibel. Ludwig hat sich schon einige drängende Fragen an den Rechtsanwalt dort notiert. Ihm ist manchmal mulmig zumute, wenn er daran denkt, was passieren könnte, wenn ...

In der Tat, die Chancen stehen für seine Familie nicht gut. Das Konzept des von ihm erträumten selbstorganisierten „Schul“-Modells als Teil des sozialen, ökologischen und ökonomischen Umfelds anerkannt zu bekommen, tendieren eher gegen Null. Wenngleich namhafte Professoren es als besonders zukunftsfähig gerühmt hatten. Ja, als Modell für ein Entwicklungsland, wohin einer der Professoren in seiner Verzweiflung über die permanenten ministeriellen Ablehnungen mit seinem „Schul“-Projekt schließlich ausgewandert. Unser Projekt ist dem seinen ähnlich. Hätten wir es als Entwicklungshilfe-Projekt eingereicht, hätten wir vielleicht Anerkennung und Förderung erhalten. Aber wir wollen es in unserem Land verwirklichen, wir brauchen dieses „Schulmodell“ nicht nur für unsere Kinder, wir selbst wollen auf diese freie, selbstverantwortliche Art unser Leben miteinander teilen. Könnten wir eine bessere Zukunftssicherung eingehen, als die, uns mit unseren nahen Mitmenschen zu verbinden und gemeinsam lernend herauszufinden, wie wir den Anforderungen der kommenden Zeit optimal begegnen können?

Das United Nations Development Program (UNDP), das eine eigene Studie über die Ziele erneuerbarer Energie erstellt hat, warnt, dass eine „Reduzierung der weltweiten Treibhausgasemissionen um 50 % bis 2050 gemessen am Stand von 1990“ erforderlich ist, sonst werde die Menschheit in den roten Bereich einer aus dem Ruder laufenden Erwärmung geraten. Die International Energy Agency (IEA) aber sagt voraus, dass die Emissionen in aller Wahrscheinlichkeit in diesem Zeitraum um nahezu 100 % zunehmen werden – genug Treibhausgas, um uns vielfach über diesen kritischen Punkt hinaus zu katapultieren. ...

Wie das UNDP in seinem letztjährigen Bericht betonte, ist die globale Erwärmung vor allem eine Bedrohung für die Armen und die zukünftigen Generationen. Einen wichtigen Satz zu diesen globalen Proble-



Gar nicht so leicht in Balance zu bringen: Staat, Markt und Zivilgesellschaft sind die drei Faktoren, die Bildung beeinflussen.

men fand ich im letzten Dezember in der SOZ (Sozialistische Zeitung): „Die wirkliche Gefahr ist, dass die menschliche Solidarität dabei selbst wie ein westantarktisches Eisschelf in tausend Stücke auseinander bricht.“

„Mythos Schule“

Was können wir angesichts dieser Aussichten Klügeres tun, als unser Leben im Rahmen des Möglichen in Selbstverantwortung gemeinschaftlich zu gestalten? Aber die „Schule“ liegt als eine heilige Kuh quer im Weg. Gründlich analysiert wurde sie mittlerweile nach allen Regeln der Wissenschaft in Deutschland und international auf ihre Kompetenzen hin, demokratieförderlich zu sein, das Lernen der Kinder zu befördern und allgemein bei der Jugend und ihren Lehrern lebensfördernde Qualitäten zu unterstützen. Die Resultate sind niederschmetternd und allseits auf eine, wenn auch diffuse, Art bekannt. Eine prägnante Zusammenfassung dieser Ergebnisse findet sich in dem neuen und sehr empfehlenswerten Buch „Mythos Schule“ von *Ulrich Klemm*.

Nachdem *Ulrich Klemm* in seinem Eingangskapitel „Schule heute“ die peinlichen Konsequenzen der Schulpolitik seit den 30er-Jahren auflistet, wie fehlende Schulabschlüsse, Schulverweigerung, massive Benachteiligung von Immigrantenkinder, funktionale Analphabeten, immense Kosten der Familien für Nachhilfe-Unterricht (eine leider leicht erweiterungsfähige Liste, z. B. dass von einem Erstklässler-Jahrgang am Ende der Grundschulzeit nur rund 75 % der ursprünglich Gestarteten in der Klasse sitzen, der Rest, die „Dummchen und Störer“ wurden bereits aussortiert), stellt er fest: „Staatschule mit ihrem zentralen Steuerungsinstrument der Schulpflicht führt – und das zeigen diese wenigen Zahlen – zu einem Bumerang-Effekt, d. h.

- Schule entlässt funktionale Analphabeten,
- Schule führt zu Schulverweigerung,
- Schule macht Lernen außerhalb der Schule nötig.

Diese Verhältnisse dokumentieren, dass der Staat seine selbstgesteckten bildungspolitischen Ziele wie Bildungs- und Chancengleichheit nicht erfüllen kann.“ Unter der Überschrift: „Wem gehört die Schule“, (dem Staat oder dem, der lernen will, dem jungen Bürger und seinen Erzeugern?) führt *Ulrich Klemm* weiter aus: „Der entscheidende Punkt für eine Wende in der Bildungs-

politik ist die Frage nach dem Zugriffsrecht auf Schule und Bildung. Solange der Staat in der bekannten und traditionellen Form den ‚Finger auf der Bildung‘ hat und nicht bereit ist, diese Überregulierung und Fremdsteuerung aufzugeben und die Kontrolle stattdessen in die Hände der Betroffenen zu legen, solange wird sich an unserer real existierenden Schul- und Bildungswirklichkeit nichts oder nur wenig ändern.“

Lehren und Lernen in deutschen Schulen ist prinzipiell ein hoheitlicher und daher ein fremdbestimmter Vorgang. Ob als Lehrerin, ob als Beamtin oder Beamter oder mit Angestellten-Status, man ist zuerst dem Staat verpflichtet, und nicht dem Schüler als Individuum. Naiv war ich seinerzeit davon ausgegangen, dass ich als Angestellte im hamburgischen Staatsschuldienst keinen Eid zu leisten hätte. Ohne diesen Schwur, „dem Staat (und nicht den Kindern) zu dienen“, gibt es aber keine Anstellung, wurde ich belehrt. Ich wollte das Brot für meine eigenen Kinder verdienen und gab klein bei.

Schule als Alleinbesitz des Staates ist Ursache für die Vergeblichkeit aller Reformbemühungen. Dadurch kann er seine Ausgaben für „Schul-Kinder“ als Manövriermasse missbrauchen. Will der Staat sparen, werden die kleinen Dorfschulen gegen den erklärten Willen der Eltern geschlossen und die Kinder in die ach so fortschrittlichen, neu konzipierten Schulzentren gekarrt. Selbstverständlich ohne die dafür zusätzlich erforderlichen Finanzen zu genehmigen: für Schulpädagogen, Sozialpädagogen, Lehrer und kindgerechte Essräume, hochwertige Verpflegung und weitere nötige Verbesserungen, wie es dem Standard des schwedischen Vorbilds beispielsweise geschuldet wäre.

Argumente aus Norwegen

Genug geklagt. Wie kann eine Lösung aussehen, nicht nur für *Sabine*, sondern auch für all die anderen Hochbegabten, Gehandicapten, Aktivistinnen und Freigeister?

Norwegen kennt keinen Schulzwang wie Deutschland, aber die Dominanz des Staates über das Bildungswesen haben wohl fast alle Industrienationen gemein. Ebenso den Widerwillen der Schülerinnen und Schüler, sich dem Schulsystem unterzuordnen. *Christian Beck*, Professor für Pädagogik am Institut für pädagogische Forschung an der Universität von Oslo, Norwegen, hat sich mit diesen Fragen in seiner Studie „Der Niedergang der modernen Schulbildung und die Entstehung eines neuen bürgerlichen Bildungssektors“ grundlegend aus-

einandergesetzt. Beck stellt fest, dass das wirtschaftliche Wachstum von „Gesellschaften untrennbar verbunden ist mit einer deutlich zunehmenden Verschulung ihres Bildungssystems“. Er schreibt, dass in Norwegen aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums und der niedrigen Löhne vielfach beide Eltern in Vollzeit arbeiten müssen, so dass Schule die Sozialisierung zu leisten hat, was die Verkürzung von Zeit und Aufwand für die Vermittlung von Sachwissen zur Folge hat. „Das Ergebnis ist ein Paradox: Obgleich die Kinder mehr Zeit in der Schule verbringen, müssen die Eltern ihren Kindern das fehlende Wissen nun zu Hause vermitteln.“ Warnend fügt er hinzu: „Es gibt keinen Beleg, dass eine längere Schulzeit zu besseren Lernergebnissen führt“, und fragt: „Ist die Institution Schule, wie sie sich bis heute entwickelt hat, am Ende ihrer geschichtlichen Rolle?“

Beck zitiert Studien und Literatur zu langjährigen, gelungenen Experimenten und zu positiven Erfahrungen mit den Techniken des „Neuen Lernens“, sowohl was den Wissenserwerb der Kinder angeht als auch ihren Gewinn an sozialen und kreativen Kompetenzen. „Neue Vorstellungen von einer Bildungslandschaft wie situatives Lernen, Nicht-Schulung, Lernen, das vom Lernenden gesteuert wird, und informelles Lernen erhöhen die Bedeutung von Offenheit und Flexibilität zwischen Schulen und der Gesellschaft sowie der Teilhabe von Schülern in der Gesellschaft. ... *Ivan Illich*s Idee der Entschulung könnte hier angeführt werden, ebenso die russischen ‚Externaten‘ mit ihrem eingeschränkten, prüfungsorientierten Unterrichtsangebot ... Die Entwicklungsmöglichkeiten für öffentliche Schulen werden hier definiert durch Freiheit, Offenheit und die Möglichkeit zur Teilnahme am Arbeitsleben, in Gemeinschaften und an der bürgerlichen Gesellschaft außerhalb von Schule.“ Als wesentlichen Aspekt seiner Studie benennt Beck den Machtkampf zwischen dem Staat, dem Markt und der bürgerlichen Gesellschaft um die Kontrolle über Schule und die schulische Bildung der Gesellschaft. Ideal für die nationale Bildung ist ein Gleichgewicht zwischen allen drei Interessen. Bei der Vormachtstellung eines Bereichs könnte es zu folgenden Ergebnissen führen: Dominiert der Staat, verwandelt sich die öffentliche Bildung in ein Staatsmonopol mit staatlich autoritärer Schulstruktur. Dominiert der Markt, zielt private Bildung auf profitorientierten Kapitalismus. Dominiert die Zivilgesellschaft, droht die Gefahr, dass zivile Bildung mit zu viel Raum für spezielle Interessen in Populismus und Fundamentalismus mündet.

Beck argumentiert abschließend: „Der zivilgesellschaftliche Bereich der Bildung geht vom freien Willen des Menschen aus und beruht auf persönlichem Engagement. Eine Ausweitung des zivilen Bildungsektors könnte mehr Freiheit für das Entstehen kleiner Gemeinschaften und einer neuen Lebendigkeit fördern. Er könnte für ein lebensförderndes Gleichgewicht zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft sorgen, für eine bessere Umsetzung der Menschenrechte in der Bildung, und er könnte eine bessere Qualität des gesamten Wissens der Gesellschaft bewirken. Freilernen in seiner vielfältigen Ausformung und informelles Lernen sind nicht nur eine Angelegenheit der Menschenrechte von kleinen Minderheiten, sondern sie sind eine die Kultur erneuernde kreative Kraft in der allgemeinen, modernen Bildung.“

Es ist die Sache von uns Bürgern, und es braucht unser ziviles Engagement, die Freigabe der Bildung für unsere Kinder einzufordern. Konkrete Vorschläge dazu bieten die Seiten von: www.bildungsfreiheit.de. ♠

